

OSTERMARSCH MÜNCHEN 2014



**Für ein soziales Europa –
keine EU-Militärmacht,
keine Bundeswehr-Einsätze**

Sa, 19. April, 11 Uhr


Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Ecke Brienerstraße

**10 Uhr Ökumenischer Gottesdienst
St. Markus, Gabelsbergerstraße 6**

**13 Uhr Kundgebung mit Leo Mayer, isw
Sendlinger-Tor-Platz mit Infomarkt bis 15 Uhr**



Münchner Friedensbündnis
www.muenchner-friedensbuendnis.de

mit freundlicher
Unterstützung des
Kulturreferats der
Landeshauptstadt München 

OSTERMARSCHAUFTRUF MÜNCHEN 2014

Für ein soziales Europa – keine EU-Militärmacht, keine Bundeswehr-Einsätze

100 Jahre nach Beginn des I. Weltkriegs:

Die Erinnerung an den Beginn des I. Weltkriegs vor 100 Jahren und des II. Weltkriegs vor 75 Jahren verpflichtet heute zum Frieden. Dennoch führen auch EU-Staaten längst wieder Krieg. EU und NATO sind hochgerüstet mit dem Ziel, ihre machtpolitischen Interessen auch in Zukunft weltweit militärisch durchsetzen zu können.

Schluss mit den Rüstungsexporten!

Deutschland ist nach den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur.

Unterstützung für andere Länder wird EU-weit militärisch-wirtschaftspolitischen Interessen untergeordnet. „Partnerländer“ in den betroffenen Weltgegenden sollen durch Rüstungsexporte „ertüchtigt“ werden, selbst militärisch vorzugehen.

Die neue Bundesregierung verschlimmert den Militarisierungskurs: Vehement bekennt sie sich weiter zum Kurs der NATO. Die Bundeswehr wird weiter umgebaut zur „Armee im Einsatz“ im Inneren wie im Äußeren. Statt des ursprünglich versprochenen Abzuges der US-Atomwaffen aus dem rheinland-pfälzischen Büchel werden diese aufwendig erneuert.

Bewaffnete Drohnen ächten!

Drohnen gelten als neues Wundermittel im Kriegsgeschehen. Eine weitere Rüstungsspirale ist damit in Gang gesetzt. Die Entwicklung eigener Kampfdrohnen macht die Absichten deutlich. Ihr Einsatz bedeutet gezielte Tötung von Menschen ohne Anklage, Verfahren und Urteil. Das ist Mord. Der Einsatz von Kampfdrohnen muss verboten werden. Er ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die umfassenden Datensammlungen von NSA und Partnern (d.h. auch BRD!) werden längst für die Zielauswahl der neuen ferngesteuerten Waffen eingesetzt – von Standorten in Deutschland aus!

Diese Politik bleibt nicht unwidersprochen – das zeigt auch der Einsatz der Friedensbewegung gegen militärische Drohnen („Drohnen-Kampagne“).

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

„Nichts ist gut in Afghanistan“, sagte Margot Käßmann (ehemalige EKD-Vorsitzende) 2010, und fasste damit die Wirklichkeit im Land prägnant zusammen. Dies wird auch durch den *Fortschrittsbericht Afghanistan 2014* der Bundesregierung bestätigt. Ebenso katastrophal sieht es aus für den

Irak, für Syrien, Nahost, Somalia, Libyen, Südsudan, Kongo, Mali und die Zentralafrikanische Republik – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Seit Jahren wird in unserem Land zielstrebig darauf hingearbeitet, dass sich die Bundeswehr in immer größerem Umfang einmischt. Die bisherigen Kriege zeigen: Es geht offensichtlich weder um Menschenrechte noch um Demokratie, sondern vor allem um die Interessen der Konzerne. Die Eigenständigkeit anderer Länder muss machtpolitischen Ansprüchen weichen.

Mit beispielloser Ausweitung der Bundeswehr-Werbung versuchen die Bundesregierungen dies der Öffentlichkeit daher schmackhaft zu machen, begleitet von aggressiver Rhetorik wie jüngst bei der „NATO-Sicherheitskonferenz“.

Doch die Regierung muss mit Gegenwind rechnen – die Zivilklauselbewegung an den Hochschulen stellt sich der Kriegsforschung entgegen, und in den Schulen wird den Bundeswehrsoldaten immer öfter gezeigt: Ihr seid hier unerwünscht!

Deutschland, den EU- und NATO-Staaten geht es um die Absicherung einer Weltordnung, in der sich bei Wenigen immenser Reichtum anhäuft, während Millionen Menschen auf der Welt verhungern.

Wir setzen stattdessen auf andere Werte: Auf die Würde des Einzelnen, auf Recht und Freiheit, auf Frieden und Verständigung, auf Verhandlungen und Austausch.

Im Mai 2014 wird ein neues EU-Parlament gewählt. Machen wir deutlich: Statt der undemokratischen und immer weiter militarisierten „EU“ wollen wir ein soziales Europa, das als fairer Partner in einer gerechten Weltordnung für Abrüstung und Verständigung steht.

Nur durch massiven Widerspruch der Bevölkerung wird sich die Rüstungs- und Kriegspolitik ändern. Wir widersetzen uns jeder Militarisierung, jeder Rüstung und allen Kriegen!

Dazu fordern wir den Austritt aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr.

Wir treten seit langem ein für Menschenwürde, globale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen – gegen Ausbeutung und Krieg. Für diese Ziele gehen wir auch in diesem Jahr auf die Straße.

Kommt zum Ostermarsch in München am Samstag, dem 19. April 2014, Auftakt um 11⁰⁰ am Platz der Opfer des NS.

MÜNCHNER FRIEDENSBÜNDNIS

UNTERSTÜTZERLISTE

(bis 22.03.2014) – Weitere Unterstützungen erwünscht (online):
www.muenchner-friedensbuendnis.de/OM2014-Unterzeichnen

Inge Ammon, Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V. • Klaus-Dieter Bornemann, IG Metall-Vertrauensmann • Andreas Distler • Ursula Epple • Martin Gruber und Barbara Schweiger-Gruber • Beate Henkel und Ursula Uhrig, Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung • Rita Hofmann • Toni Kilger, Jurist • Dunja Liebe • Walter Listl • Jürgen Lohmüller • Emmi und Helmut Menzel • Bernd Michl • Reinhard Moritz-Schwän, Rechtsanwalt • Reinhard Moser • Elfi Padovan • Annabelle N. Poertner, Malerin • Gertrud Scherer, Pax Christi • Sonja Schmid, Sozialforum München • Linda Schneider, stellv. Landesbezirksleiterin verdi Bayern • Mechthild Schreiber, Regionalforum ZFD • Erhard Seiler • Gerta Stählin • Gerd Tersteegen • Günter Wimmer

ANARKoMM AnarchistInnen/RätekommunistInnen München • Arbeitergeschwister München • Attac München • Bikeforpeace-and-new-energies e.V. • DIDF-München • DIE LINKE. München • DIE LINKE. im Stadtrat München • DKP München • Feministische Partei DIE FRAUEN • Frauen in Schwarz, Gruppe München • Frauenverband Courage e.V. Ortsvorstand München • Friedensbewegung Murnau und Umgebung • GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband München • Interkulturelles Forum e.V. • Internationaler Versöhnungsbund – Aktivengruppe München • internationale sozialistische linke (isl) München • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Münchner Flüchtlingsrat • Münchner Freidenker • Nord-Süd-Forum München e.V. • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit. München • Rechtshilfe für AusländerInnen München e.V. • RegionalforumZFD • SDAJ München • Sozialforum Amper, Fürstenfeldbruck • Trägerkreis EineWeltHaus München e.V.

Trägerkreis **Münchner Friedensbündnis**

Konto: Friedensbüro e.V., Postbank München,
Kto-Nr.: 41039801, BLZ: 700 100 80

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFV) • Friedensinitiative Christen in der Region München • Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW e.V. • Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) • Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) • Mütter gegen Atomkraft München e.V. • Munich American Peace Committee (MAPC) • Netzwerk Friedenssteuer Gruppe München • Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg • Pax Christi München • Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten • Welt ohne Kriege e.V.

DAS PROGRAMM AM 19. APRIL

- 10 Uhr **Ökumenischer Gottesdienst**
St. Markus, Gabelsbergerstraße 6
- 11 Uhr **Auftaktkundgebung** am Platz der Opfer des Nationalsozialismus / Ecke Brienerstraße
Redebeitrag zum NSU-Skandal
Musik: Erwin Jedamus
- 13 Uhr **Schlusskundgebung** am Sendlinger-Tor-Platz
Rede: Leo Mayer, isw
Musik: Christoph Weiherer, Liedermacher
Infomarkt und weitere Kulturbeiträge bis ca. 15 Uhr



Weitere Informationen, Quellen und Links:

www.muenchner-friedensbuendnis.de/ostermarsch-muenchen-2014

OSTERMARSCH DRAUSSEN AM 21. APRIL 2014

Diesmal zur Drohnenfabrik in Penzberg

Vielseitig, taktisch, international, kriegstüchtig spionieren Drohnen aus Penzberg für Militär und Polizei.



Wir gehen zur Zentrale der Firma EMT in Penzberg – anschließend die traditionelle familienfreundliche Wanderung auf einer ausgesuchten schönen Strecke, mit Blick auf die Berge, zur Loisach und über den Filz (Hochmoor mit Lehrpfad) zum Kloster Benediktbeuren.

Veranstaltet von der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, BIFA

Treffpunkt in München am Ostermontag, 21. April 2013, 10:45 Uhr am Starnberger Flügelbahnhof: **Zug nach Penzberg, dort 12⁰⁰ Uhr Begrüßung.** Weitere Informationen siehe Flugblatt, Tel. **089 - 18 12 39**, oder www.bifa-muenchen.de

UKRAINE Verhandlungen und Interessen- ausgleich statt Konfrontation!

Zur schärfsten Konfrontation seit Ende des Kalten Krieges.

Ein Land wie die Ukraine, an der Nahtstelle konkurrierender Machtblöcke gelegen, und gleichzeitig auch im Innern mit Volksteilen ganz unterschiedlicher Geschichte, bräuchte eine Politik, die mit allen Nachbarn vernünftig auskommt. Eine Spaltung ist selten gut für ein Land.

Das Assoziierungsangebot der EU verlangte von der Ukraine, sich ausdrücklich von Russland abzuwenden und nur mit der EU zusammenzuarbeiten – eine Kooperation mit Russland war offensichtlich nicht mehr vorgesehen.

Dazu kommt seit Jahren eine massive Intervention von außen, mit unvorstellbar großen Summen von US-Konzernen – Victoria Nuland (US-Staatssekretärin) brüstete sich, 5 Milliarden US-\$ ins Land gebracht zu haben. Nicht gerechnet unbekannte Euro-Beträge aus Westeuropa, z.B. über die Adenauer-Stiftung.

Bei der Bevölkerung ist davon nichts angekommen, das war ja auch nicht Zweck der „Investition“. Zunächst verhalf das einem Putsch zum zweifelhaften Erfolg. Die auch von deutschen Kräften ausgebildete Polizei hat ihren Anteil an der Eskalation, allerdings wurde bisher nicht erkennbar untersucht, wer wirklich die Toten in Kiew zu verantworten hat.

Der berechtigte zivilgesellschaftliche Protest in Kiew wurde durch die Militanz des „Rechten Sektors“ zum Putsch, verstärkt durch die Einmischung von außen. Wir sind entsetzt, daß die westliche Politik sich dabei ungeniert auch auf faschistische Kräfte stützt, die als paramilitärische Kämpfer auf dem Maidan agierten, und jetzt mit in der nicht gewählten „Übergangsregierung“ sitzen.

FRONTEX

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty oder Pro Asyl werfen der europäischen *Grenzschutzagentur Frontex* vor, die Rechte von Flüchtlingen und illegalen Einwanderern zu beschneiden und in manchen Fällen sogar mit Waffengewalt gegen die Unbewaffneten vorzugehen. Die Leitung der Organisation selbst gibt zu, dass sie jedes Jahr an sogenannten „Push-Back-Aktionen“, also der umgehenden Abschiebung der Flüchtlinge an Drittstaaten, beteiligt ist. 2012 sollten diese Maßnahmen ein Ende haben, als der Europäische Gerichtshof für Menschenrecht sie für menschenrechtswidrig erklärte. Trotzdem führt Frontex weiter solche illegalen Abschiebungen durch. Für ihre „Arbeit“ war die Frontex 2013 mit einem Etat von über 100 Millionen Euro ausgestattet.

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Ländern, in denen Kriege und Konflikte herrschen: Syrien, Eritrea und Somalia waren im letzten Jahr die Hauptherkunftsländer.

Ob die Menschen in Kiew wissen, was ihnen damit eingebrockt wurde? Wenn sie auf EU-Wirtschaftshilfe hoffen – das Muster Griechenland liegt nahe: Die Reichen werden geschützt, die Wirtschaft wird noch mehr ans Ausland ausgeliefert, die Bevölkerung verarmt und hat dazu die Kosten für teure NATO-Waffen zu tragen!

Gleichzeitig würde die NATO stärker denn je direkt an die Grenze Russlands vorrücken. Beim „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ nach dem Mauerfall gab es Zusagen des Westens, die inzwischen mehrfach gebrochen wurden. In Artikel zwei hieß es, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ – längst gilt das Gegenteil.

Russland sieht dadurch massive Gefahren für sich, aber auch für die mehrheitlich russische Bevölkerung auf der Krim.

In dieser Situation wäre Deeskalation das Gebot der Stunde. EU und NATO dagegen setzen auf Sanktionen. Ein schlimmes Signal – schließlich bereiteten die NATO-Staaten in den letzten Jahrzehnten ihre Kriegsdrohungen und tatsächlichen Kriege regelmäßig mit Sanktionen vor.

Die westliche Medienkampagne ist so extrem gefährlich – Russland und Putin werden auf ähnliche Weise dämonisiert, wie man es bisher schon für das Schüren von Kriegsstimmungen kennt.

Wir können nur hoffen, daß beide Seiten die Konfrontation beenden. Dazu kann an die Erfahrung der KSZE-Verhandlungen angeknüpft werden. Dazu gehört Abrüstung und die Bereitschaft, den Interessen aller Seiten Rechnung zu tragen. Ohne Drohungen oder Blockbildung.

DROHNEN-KAMPAGNE

Schon länger setzt die Bundeswehr auf militärische Drohnen. Vor einem Jahr begann mit einem überregionalen Treffen von Friedensgruppen die „Drohnen-Kampagne“, die auch in München von vielen Gruppen mitgetragen wird:

www.drohnen-kampagne.de

Die „Drohnen-Kampagne“ aus der Friedensbewegung stellt sich gegen die Entwicklung und Beschaffung von Kampfdrohnen. Es gibt eine Unterschriftensammlung per Listen (und im Web):

Appell: Keine Kampfdrohnen! Wir sind gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung.

Die Unterschriftensammlung läuft auch bei unserem Ostermarsch. Ein bundesweiter Höhepunkt der Kampagne ist für den 4. Oktober 2014 geplant – dem erstmaligen **Internationalen „Global Day of Action“ gegen Krieg und Überwachung durch Drohnen.**